

Konvergenz 2019

Zur Zeit des kalten Krieges, als es noch so etwas wie eine Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus gab, wurde von vielen Ökonomen die sogenannte "Konvergenztheorie" vertreten. Sie ging davon aus ¹⁾, dass die Wirtschaftssysteme aller industrialisierten Länder mit denselben technischen und ökonomischen Sachzwängen konfrontiert seien und daher ähnliche Lösungswege einschlagen müssten. Unter diesen Bedingungen erwartete man, dass die Wirtschaftssysteme jener Länder immer ähnlicher werden. Für privatwirtschaftliche Marktökonomien bedeutete das einen wachsenden staatlichen Einfluss auf den Wirtschaftsprozess und einen Funktionsverlust des Privateigentums bei sich ausweitender Managerherrschaft, während man für die staatssozialistischen Zentralplanökonomien eine Entideologisierung der Wirtschaftslenkung, eine Dezentralisierung der Planungsrechte und ebenfalls einen Machtzuwachs der Manager prognostizierte. Diese Konvergenztheorie trat in drei unterschiedlichen Spielarten auf. Die erste der drei Positionen ging im Gefolge von Schumpeter davon aus, dass die privatwirtschaftliche Marktökonomie den „*Marsch in den Sozialismus*“ antreten müsse. Ihr Gegenstandspunkt nahm an, dass sich die Zentralplanökonomien den Marktwirtschaften annähern würden. Und eine dritte mit dem Namen Galbraith verknüpfte Schule vertrat die Hypothese, dass beide Wirtschaftsordnungen sich gleichzeitig auf ein einheitliches, gemischtes System hinbewegten, das die **optimale Mischung** der ursprünglichen Wirtschaftsordnungen darstellen werde.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und ihren Vasallenstaaten wurde es mit einem Schlag sehr still um die Konvergenztheorie, denn unter dem Eindruck des triumphalen Sieges der kapitalistischen Ökonomie machte sich die Illusion von einem "Ende der Geschichte" ²⁾ breit, welche davon ausging, dass sich nun bürgerliche Demokratie und kapitalistische Marktwirtschaft als umfassende **Ordnungsprinzipien** endgültig und weltumspannend durchsetzen würden. Schon recht bald wurde aber klar, dass das Ende der Geschichte noch nicht gekommen sein konnte, weil zwar der Kapitalismus weiter expandierte, jedoch kein Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung einsetzte. Denn es traten nun sukzessive immer neue äußere und innere Gefährdungen des für einen kurzen historischen Moment so unbezwingbar erscheinenden Zweigespanns von Markt und Demokratie auf den Plan. Die diesbezüglichen Probleme haben sich mittlerweile so sehr verschärft, dass man befürchten muss, die Geschichte könnte auf ein ganz anderes Ende zusteuern, als man noch vor gut 25 Jahren annahm.

Die ersten Schwachstellen der neuen Weltordnung zeigten sich in den westlichen Metropolen des Kapitals, von denen aus es seinen weltweiten Siegeszug gestartet hatte. Im Gefolge der mit dieser sogenannten "Globalisierung" verbundenen Neustrukturierung der internationalen Arbeitsteilung kam es hier zur **Verlangsamung des Akkumulationsprozesses**, verknüpft mit steigender Arbeitslosigkeit und Tendenzen zur Deindustrialisierung. Der äußerst brutale Umgang des Neoliberalismus mit diesen Problemen (Stichworte: Rückbau von Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten, Zulassen des Auseinanderdriftens von Einkommens- und Lebenslagen) beschleunigte das Zerbröseln jener kollektiven Wohlstandsperspektive, welche für ein demokratisches Miteinander breiter Bevölkerungsschichten vorausgesetzt ist. Zugleich mit dieser Perspektive zerbrach auch die **Legitima-**

tionsgrundlage der großen Massenparteien, insbesondere der Sozialdemokratie, und es entstand ein politisches Vakuum, in das nun neue rechtspopulistische Bewegungen vorstießen. Letztere huldigen einem plebiszitären Autoritarismus und haben mit repräsentativer Demokratie, Gewaltenteilung und Pressefreiheit nichts am Hut. Sie werden so zu einer immer ernsteren **inneren** Gefahr für die bürgerliche Demokratie.

Eine ihrer größten **äußeren** Gefährdungen resultiert ebenfalls aus einem politischen Vakuum. Es handelt sich dabei um jene ideologische Leerstelle, die das Hinscheiden des realen Sozialismus außerhalb der alten Metropolen des Kapitals hinterließ. Betroffen davon sind neben dem extremer Ausbeutung unterliegenden Proletariat der jungen Industriestaaten auch die Abgehängten und Verelendeten in den Hinterhöfen der alten und neuen Großmächte. Nach dem **Verlust einer realen gesellschaftlichen Utopie** wendeten sich diese Teile der Weltbevölkerung nun verstärkt religiösen Tröstungen und in vielen Fällen auch fundamentalistischen Heilslehren (Stichwort: Islamismus) zu. Letztere sind genau wie der in den alten Metropolen des Kapitals auflebende Rechtspopulismus antidemokratisch und autoritär orientiert und repräsentieren daher eine weitere strukturelle Bedrohung für Fortbestand und Ausbreitung des Modells der bürgerlichen Demokratie.

Es blieb nicht bei einem einfachen Nebeneinander dieser zwei Bedrohungen eines demokratisch verfassten Kapitalismus. Mit der von der Globalisierung ausgelösten **weltweiten Migrationsbewegung**³⁾ setzte nämlich eine Entwicklung ein, in deren Kontext sich beide im Bereich der alten Metropolen des Kapitals **wechselseitig aufschaukeln**. Denn einerseits ist die massenhafte Zuwanderung armer Menschen in die Zentren der westlichen Demokratie wichtigster Treibsatz für den Durchmarsch des Rechtspopulismus. Andererseits führen dessen Erfolge zu einer massiven Verschlechterung der Randbedingungen für ein Gelingen der ökonomischen und sozialen Integration der Neuankömmlinge. Die Folge davon ist deren umso stärkere Hinwendung zu integrationsbehindernden Traditionen, religiösen Tröstungen und Fundamentalismen, was nun wieder dem Rechtspopulismus neue Nahrung gibt, usw., usw.

Abgesehen vom Entstehen dieser Bedrohungen für das Modell der bürgerlichen Demokratie ging die Geschichte in den letzten Jahren auch auf ökonomischer Ebene weiter. Die schier unglaublichen Erfolge des **chinesischen Weges** eines autoritär gesteuerten Turbo-kapitalismus weisen nämlich mit Nachdruck darauf hin, dass die Möglichkeit einer Synthese zwischen privatwirtschaftlicher Marktökonomie und zentraler Planung keineswegs gestorben ist. Dynamik und Expansionskraft der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zwingen den westlichen Kapitalismus ganz einfach zu entsprechenden Reaktionen. Die vom Geist des Rechtspopulismus getragenen plump nationalistischen Reflexe der Trump-Administration (Stichwort: neue Zollschranken) werden da langfristig bei weitem nicht ausreichen. Umso mehr als das planwirtschaftliche Moment nicht nur durch die Vorbildwirkung des chinesischen Weges wieder ins Spiel kommt. Denn in den letzten Jahren verschärften sich die inneren Widersprüche und Probleme der kapitalistischen Ökonomie so sehr, dass nun von ihnen ein zusätzlicher Druck auf strukturelle Reformen ausgeht, welche gemeinsam mit der chinesischen Herausforderung dem voreilig abgehakten Thema der **Konvergenz** neue Aktualität verleihen.

Stichwortartig und beispielhaft (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!) seien hier die folgenden fünf Problemfelder genannt, in denen kein Weg an verstärkter **Lenkung** der Marktteilnehmer sowie vermehrter **direkter Intervention** der Staaten vorbeiführt:

- die von der drohenden Klimakatastrophe erzwungene Energiewende,
- der angesichts drohender ökologischer Katastrophen sowie begrenzter Boden- und Rohstoffreserven erforderliche Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftskreisläufen
- die zur Vermeidung weiterer Finanzkrisen noch immer ausstehenden Regulierungen des weltweiten Finanzsektors
- der nach jahrzehntelanger Vernachlässigung bzw. privatisierungsbedingter Zerstörung in vielen Staaten erforderliche Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur
- die im Gefolge verschärfter internationaler Konkurrenz notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Position des jeweiligen nationalen Kapitals

Auf all jenen Gebieten werden öffentliche Diskussionen geführt und auch bereits erste Schritte gesetzt. Natürlich vollzieht sich dieses Wendemanöver des Riesentankers 'Marktwirtschaft' sehr langsam (- im Hinblick auf die erforderliche Klimawende sogar **viel zu** langsam). Aber die drei nachstehenden Beispiele einschlägiger Kommentare in den Medien illustrieren, wohin der Zeitgeist weht:

- Die ZEIT publizierte schon im Vorjahr einen Artikel mit der Forderung, der deutsche Staat möge dem Beispiel Norwegens folgend seine Budgetüberschüsse zur Gründung eines Staatsfonds verwenden und im Sinne "*eine(r) radikale(n) Abkehr von der unpopulären Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre ... Vermögen erwerben und so dafür sorgen, dass die Gesellschaft wieder stärker von der Wertschöpfung profitiert.*"⁴⁾
- In Österreich bemühte sich kürzlich sogar ein bürgerliches Blatt wie der KURIER um eine relativ ausgewogene Darstellung der Vor- und Nachteile der Verstaatlichung bzw. Privatisierung von Wirtschaftsleistungen. Man gesteht darin einerseits ganz offen ein, dass "*sich die Privatisierung von Schienen-, Strom- oder Gasnetzen oft als schlechte Idee*" erwies, während man andererseits zugibt, dass "*in manchen Fällen ... der Staat gefragt*" ist.⁵⁾
- Und in einem profil-Interview antwortet selbst eine Kandidatin für die nächste Präsidentschaft in der Industriellenvereinigung auf die Frage nach ihrer Sicht der aktuellen Steuerreform: "*Steuern im Sinne von 'lenken' - scheint zu kurz zu kommen.*"⁶⁾

In diesem sich allmählich drehenden Meinungsklima wird dann auch die sozialdemokratische Linke wieder mutig und erhebt lange nicht mehr gehörte Forderungen. So möchte etwa der deutsche Juso-Chef Kevin Kühnert Großunternehmen wie BMW kollektivieren, und Julia Herr, die Vorsitzende unserer heimischen Jusos, fordert ein Rückkaufsrecht des Staates für privatisierte Unternehmen, das sie wie folgt begründet: "*Demokratische Parlamente müssen die Möglichkeit bekommen, Fehlentscheidungen ihrer Vorgänger zurückzunehmen.*"⁷⁾ Beides ist natürlich im Prinzip äußerst erfreulich und lobenswert. Angesichts der zuvor skizzierten Trends im demokratiepolitischen Umfeld beschleicht mich jedoch die Sorge, dass derartige Forderungen aktuell womöglich nicht die von der Linken ersehnte Dynamik entfalten könnten. Denn die Vergesellschaftung, die **wir** meinen, erfor-

dert ja ein **Mehr** an Mitsprache und Demokratie. Derzeit sind aber sehr viele demokratiepolitische Weichen in genau die entgegengesetzte Richtung gestellt.

Es besteht daher die leider sehr realitätsnahe Möglichkeit, dass wir auf eine Konvergenz zusteuern, die uns das schiere Gegenteil der einstigen optimistischen Vision eines John Kenneth Galbraith beschert - also keine Synthese aus dem Besten, was Kapitalismus und realer Sozialismus zu bieten haben, sondern eine Mischung aus den **übelsten** Merkmalen dieser beiden Gesellschaftssysteme, als da sind: die mörderische Konkurrenz auf den Märkten und die totale Kontrolle des Einzelnen durch eine zentrale Bürokratie. Unter den von der modernen Informationstechnologie geschaffenen Randbedingungen droht dann letztlich auch noch die Gefahr, dass sich Staat und Markt auf infame Weise gegen diesen Einzelnen **verbünden**. Denn der immer größer werdende Bestand an Daten zu unseren Einstellungs- und Verhaltensmustern gestattet den Konzernen und politischen Parteien unser Kauf- und Wahlverhalten zu manipulieren, während er dem Staat die Möglichkeit gibt, uns ganz ohne Rückgriff auf eine altmodische Stasi zu überwachen und im Bedarfsfall zu sanktionieren - so wie es China mit der gerade stattfindenden Implementierung seines "*Sozialkredit-Systems*" vorzeigt.

Wenn in einer unter solchen Vorzeichen stehenden Situation Bernhard in Akin/ Nr. 9/ 2019 einen von Leopold Kohr inspirierten "*soliden Internationalismus von unten in einer Welt kleinräumiger Verwaltungseinheiten*" einmahnt, weil der dafür sorgen könnte, dass sich "*die Regierungen vor dem Volk fürchten müssen*", dann legt er damit seinen Finger genau in die demokratiepolitische Wunde der neuen Konvergenz. Ergänzend möchte ich hier darauf hinweisen, dass die rund 10 Milliarden Menschen des Jahres 2100 sicherlich nicht mit einer bloßen **Summe** derartiger Mikrokollektive überleben können. Da wird es auch Strukturen geben müssen, welche großräumige und langfristige Planungen ermöglichen und das Agieren der unteren Verwaltungseinheiten sowie der in ihrem Kontext kooperierenden Individuen vernetzen und steuern.

Im **besten** Fall bekommen wir beides: Großräumige und langfristige Planung im Wechselspiel mit einer kleinstrukturierten Basisdemokratie, vor der sich die Repräsentanten der übergeordneten Strukturen fürchten. Im **wahrscheinlichsten** Fall werden wir in einem neuen universalen Autoritarismus landen. Und in dem leider kaum weniger wahrscheinlichen **schlechtesten** Fall wird es schon vor der Etablierung dieses autoritären Weltsystems ganz laut krachen, weil der Konkurrenzkampf der um die Weltherrschaft pokernden Groß- und Mittelmächte außer Kontrolle gerät. Und die Gefahr eines solchen ganz großen Krachs bringt mich zum Schluss noch zu dem von Bernhard geforderten "*soliden Internationalismus von unten*", dessen vorrangige Aufgabe ja die Verhinderung jenes großen Krachs wäre. Auch für diesen Internationalismus stehen die Chancen leider schlecht. Objektiv betrachtet sogar **noch schlechter** als vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs - und selbst damals hat ja der Internationalismus versagt. Diese Einschätzung bezieht sich nicht auf den von den Rechtspopulisten allorts geschürten Nationalismus. Denn Nationalismus gab es auch schon vor dem ersten Weltkrieg. Mein Pessimismus beruht vielmehr auf den **drei** folgenden Überlegungen.

Erstens hat die nachfordistische Ökonomie in unseren Breiten die Lohnabhängigen so gründlich individualisiert, dass äußerst ungünstige Voraussetzungen für jede Form der Solidarisierung bestehen. **Zweitens** hat die vom Globalisierungsprozess hervorgebrachte internationale Arbeitsteilung vordergründig große Interessengegensätze zwischen den Lohnabhängigen der verschiedenen Erdteile etabliert. Ist doch die Leistbarkeit der Konsumgüter in den alten Metropolen des Kapitals mit der verschärften Ausbeutung des Proletariats in den neuen Akkumulationszentren an der Peripherie des Weltmarkts erkaufte. Und **drittens** ist das System 'Welt' heutzutage viel größer und komplexer als noch vor hundert bis hundertfünfzig Jahren. Internationalismus müsste daher sachlich und räumlich eine entsprechend **weitere Perspektive** aufweisen. Was in unseren Breiten als Internationalismus daher kommt, ist aber zumeist bloß ein (stets "glühendes") Europäertum, aus dem beim Ausbruch großer geopolitischer Konflikte sehr schnell ein gegen andere Weltregionen gerichteter Europa-Chauvinismus werden könnte.

Jetzt fällt mir beim besten Willen keine optimistische Schlusswendung ein. Aber vielleicht ist es manchmal ganz gut, sich hemmungslos der Schwarzmalerei hinzugeben, weil man dann schon die kleinsten positiven Überraschungen, die der (leider/gottseidank - Unzutreffendes bitte streichen) noch nicht abgeschlossene Lauf der Geschichte für uns bereit hält, als große Lichtblicke erlebt.

Endnoten:

- 1) Vgl. dazu das Stichwort "*Konvergenztheorie*" im Gabler Wirtschaftslexikon: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/konvergenztheorie-40925>
- 2) So lautet der Titel eines vielzitierten und diskutierten Buches, das der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama im Jahr 1992 publizierte.
- 3) Vgl. in derselben Ausgabe von akin den Artikel "*Bevölkerungsaustausch - eine verlogene Wahrheit*", in dem ich die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus und den weltweiten Migrationsbewegungen etwas detaillierter benannt habe.
- 4) ZEIT, Nr. 3/2018
- 5) Kurier, 6.5.2019
- 6) profil, Nr. 19/ 2019
- 7) Die Presse, 8.5.2019